

Tarifrunde Bund und Kommunen 2020 München Info Nr. 1

Corona-Pandemie – ein Brennglas

Seit März diesen Jahres herrscht in der Gesellschaft ein gesundheitlicher und zunehmend auch ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ausnahmezustand. Die Corona-Pandemie ist nicht die Ursache, sie hat lediglich - wie in einem Brennglas – die schon davor existierenden gesellschaftlichen Missstände überdeutlich aufgezeigt. Spätestens jetzt ist jede*r klar, wie wichtig ein gut funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem, ein öffentlicher Nahverkehr, ein Erziehungs- und Schulwesen ist, das nicht nur die Kinder betreut, deren Eltern im Einzelhandel, in der U-Bahn usw... arbeiten müssen.

Ja, ein öffentlicher Dienst ist systemrelevant im Gegensatz zu Investment-Banker*innen, die auf der Börse Milliarden verspekulieren!

Und was haben die politisch Verantwortlichen bzw. „unsere Arbeitgeber*innen“ die letzten 30 Jahre getan? Von 1991 – 2018 sanken die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst durch Privatisierung, Ausgliederungen und Einsparungen von 6,7 Mio. auf 4,8 Mio. [1]

Zum Hintergrund der Tarifrunde

Angesichts der Corona-Pandemie hatte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) und die GEW blauäugig und bescheiden angeboten, die im Herbst 2020 anstehende Tarifrunde gegen eine Einmalzahlung auf das Frühjahr 2021 zu verschieben. Dieses mehr als großzügige Angebot lehnte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) rundweg ab.

„Die Arbeitgeber haben unsere ausgestreckte Hand ausgeschlagen. Damit sind Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst im Herbst vorprogrammiert“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

„Die kommunalen Arbeitgeber lassen Respekt und Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten vermissen. Gestern wurde noch applaudiert, jetzt sind die Beschäftigten nur noch lästige Kostenträger. Wir werden jetzt angemessene Forderungen diskutieren, in die die Wertschätzung, die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes in der Corona-Krise und die volkswirtschaftliche Bedeutung einfließen werden. Wir streben eine Reallohnsteigerung an“, so Werneke. [2]

„Arbeitgeber*innen“ stellen sich stur

Dass sich die regierenden Politiker*innen im Bund und in den Kommunen so stur stellen, entlarvt ihre Lobreden und ihren Applaus für uns während der Hochphase der Pandemie als pure Heuchelei!

Milliarden für die Konzerne

Gleichzeitig werfen eben dieselben Politiker*innen den Konzernen in der sogenannten Corona-Wirtschafts-Krise Milliarden hinter her. Warum „sogenannte Coronakrise“? Schon vor der Corona-Pandemie bahnte sich eine schwere wirtschaftliche Rezession an. Die Konzentration auf den Online-Handel und die Krise im Einzelhandel (siehe Karstadt/Kaufhof), die Krise der Luftfahrtbranche, durch knallharten kapitalistischen Konkurrenzkampf mit Billigflugtickets und Lohndumping bei den dortigen Kolleg*innen (Pleite von German Wings), ebenso in der Tourismusbranche (Pleite von Thomas Cook). Auch in der Automobilindustrie bahnte sich durch die Absatzkrise, die klimabedingte Umstellung der Produktion auf Elektromotoren und Industrie 4.0 ein Rationalisierungsschub mit Massenentlassungen und Firmenpleiten an. Dies Alles hat sehr viel mit einer kapitalistischen Wirtschaftskrise, mit Konkurrenz auf Kosten von Kolleg*innen und Klima, mit Profitstreben um jeden Preis zu tun. Und sehr viel weniger mit der seit März herrschenden Corona-Pandemie, die diesen Prozess nur beschleunigt hat.



Die Regierenden, im Falle des öffentlichen Dienstes „unsere Arbeitgeber*innen“ nutzen die Corona-Pandemie, um die Konzerne aus ihrer Krise zu retten und das auf unsere Kosten (Steuerzahler*innen)[3]:

Garantien für Unternehmenskredite		819 Mrd €
haushaltswirksame Leistungen		353 Mrd €
darunter	für Selbstständige, kleine Unternehmen, Freiberufler*innen	50 Mrd €
	Stabilisierungsfonds für Großunternehmen	600 Mrd €

Die Einmalzahlungen für Pflegekräfte oder für die Eltern auf das Kindergeld wirken sich dagegen lächerlich aus. Auch die Verlängerung und Erhöhung des Kurzarbeitergeldes aus Steuermitteln sind da eher bescheiden. Noch dazu wird der Großteil des Kurzarbeitergeldes von der Arbeitsagentur gezahlt, also aus Sozialversicherungsbeiträgen der Kolleg*innen. Dies trägt zur absurden Situation bei, dass die Bundesregierung die in der Wirtschaftskrise zu erwartenden Entlassungen für die Konzerne billig aus Steuer- und Sozialversicherungsgeldern abfedert.

Dazu zwei konkrete Beispiele:

- Lufthansa: 9 Mrd. € Subventionen, der Bund beteiligt sich ohne Beschäftigungssicherungsgarantien einzufordern, Zehntausende werden entlassen
- Tourismuskonzern Tui: 2,4 Mrd. € Subventionen und wieder keine Beschäftigungsgarantien

Gleichzeitig schütten die börsennotierten Konzerne in Deutschland 2020, darunter Lufthansa, Tui, Karstadt insgesamt 44 Mrd. € an Dividenden für ihre Aktionäre*innen aus [4]. Es ist klar, auf welcher Seite „unsere Regierung“ steht. Sie handelt ganz bewusst nach dem Motto „Verluste werden von der Gemeinschaft getragen, Gewinne gehen an die Aktionär*innen“. Und euch, Kolleg*innen erzählen sie in der Tarifrunde, dass eben jetzt leider, leider kein Geld mehr da sei!

Jetzt sind wir dran!

Unsere **Forderungen** für die Tarifrunde 2020 im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) lautet:

- 4,8 % mehr Lohn mindestens 150.- € mehr für jede/n
- 100€ mehr für Azubis, Studierende, Praktikant*innen
- Laufzeit für beide Regelungen von 12 Monate
- Ausbildungsbedingungen von praxisintegrierten dualen Studiengängen sollen tarifiert werden



**Bildung ist
MehrWert!**

Unsere **Erwartungen** an die Arbeitgeber*innen in der Tarifrunde 2020 sind außerdem:

- Angleichung der Arbeitszeit im Osten von 40 auf 39 Std/Wo
- Entlastung der Beschäftigten insbesondere durch zusätzliche freie Tage.
- Regelungen zur Altersteilzeitarbeit werden verlängert und verbessert.

Geld ist genug da!

In Deutschland beträgt das private Vermögen zurzeit 14.000 Milliarden €. Die Reichsten 10% besitzen davon 52%; d.h. 7.300 Milliarden €. 1948 gab es in Deutschland einen sogenannten Lastenausgleich (LAG). Dieser sah vor, Menschen, die durch den Krieg besondere Nachteile erlitten hatten, zu entschädigen. Dazu sollten 50% des Vermögens in 30 Jahren in einem Ausgleichsfonds eingezahlt werden.

Würde die Bundesregierung diese politische Initiative aufgreifen und z.B. die 10% der Reichsten innerhalb von 10 Jahren mit 10% besteuern, wären dies jährlich 730 Milliarden € für den Staatshaushalt [6]. Die Vermögenden würden dabei keineswegs zu armen Hartz IV-Bezieher*innen. Ihr jährlicher durchschnittlicher Vermögenszuwachs beträgt zurzeit 15% [7]

Durch eine höhere Besteuerung der Vermögenden kann nicht nur unsere eher bescheidenen Forderungen in der Tarifrunde locker finanziert werden. Das Geld kann auch für eine Finanzreform bzw. Entschuldung der Kommunen sowie einen sozialen und klimafreundlichen Umbau der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft verwendet werden. Dazu fehlt allein der politische Wille der Regierenden.

Wir bekommen nur, was wir uns erkämpfen!

Dies ist die Ausgangslage, aus der heraus wir als Kolleg*innen eine Strategie für unsere Tarifrunde im Herbst 2020 zu entwickeln haben.

Zuallererst bedeutet dies, dass wir auf unsere eigene Stärke bauen müssen! Deshalb liebe Kolleg*innen organisiert euch in den Gewerkschaften. Gewerkschaften sind keine Dienstleistungs- oder Versicherungsunternehmen, wo jede/r monatlich seinen Beitrag zahlt und stellvertretend dafür die Verhandlungsführer*innen der Gewerkschaft alle 2 Jahre in immer wiederkehrenden Tarifrunden garantiert 2-3 % rausholen.

Wie viel wir bekommen hängt von unserer Kampfkraft und vom Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und „Arbeitgeber*innen“ ab. Die Gewerkschaften sind unsere Kampforganisationen in den Betrieben und Dienststellen. Ihre Stärke hängt vom Organisationskraft, der Aktivität und Kampfbereitschaft jede*r einzelnen Kollegen*in ab. Jede Lohnerhöhung, jede Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sind geschichtlich immer von den gewerkschaftlich organisierten Kolleg*innen gegen „ihre Arbeitgeber*innen“ mal mehr mal weniger hart erkämpft worden.

Konkret für die Tarifrunde im Herbst heißt dies, dass gut gemeinte Appelle und Argumente, das Verhandlungsrunden der Tarifkommissionen gepaart mit ein paar öffentlichkeitswirksamen Aktionen außerhalb der Arbeitszeit sicher nicht reichen werden, um die Regierenden bzw. „unsere Arbeitgeber*innen“ im öffentlichen Dienst zu beeindrucken.

Wir werden zu Arbeitskämpfmaßnahmen, sprich Streiks greifen müssen, um genügend Druck aufzubauen.

[1] statistisches Bundesamt BIB 2019 / demographie-portal.de

[2] Pressemitteilung Verdi Bundesvorstand 18.06.2020

[3]<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html>

[4] Handelsblatt 16.04.20

[5] 25.08.2020 Gesa Bruno-Latocha und Oliver Brüchert, Referentin und Referent im GEW-Vorstandsbereich Tarif- und Beamtenpolitik;

https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/kein-anlass-fuer-falsche-bescheidenheit/?&FE_SESSION_KEY=c5a35e16ae50e02fa0d5ff2815026a5e-8a5acc254c0246149fe98a9123448936

[6] https://www.isw-muenchen.de/2020/06/weltwirtschaft-auf-intensivstation-staat-muss-aktiv-in-wirtschaft-eingreifen-finanzmittel-muessen-aus-vermoegen-der-superreichen-kommen/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_campaign=isw+Newsletter+2020-01

[7] Werner Rügemer (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts: Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure, S. 22

[8] Ingrid Greif ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Münchner Kliniken und hat diesen öffentlichen Brief im April 2020 verfasst



Termine:

15. September 2020, 17:00 Uhr:

Frauen*politische Kundgebung vor dem Büro der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber*innen (VKA) in der Hermann-Lingg-Straße 3

30. September 2020, 08:30 Uhr:

Tarifpolitische Protestkundgebung der GEW Fachgruppe SozPäd-Berufe bei der Stadtratssitzung. Vor der Philharmonie im Gasteig nahe Rosenheimer Platz. Die Kommune München ist die größte in Deutschland und damit auch ein sehr einflussreicher Arbeitgeber im TvÖD-Tarifkampf

Weitere Termine sind momentan noch nicht bekannt oder fixiert. In diesem Sinne aber auch generell für mehr Informationen empfehlen wir die Internetangebote der GEW.

München: <https://www.gew-muenchen.de>
Bayern: <https://www.gew-bayern.de/tarif/tvoed2020/>
Bund: <https://www.gew.de/tarif/tvoed/>



Mitmachen!

In den Fachgruppen der GEW München treffen sich Beschäftigte

- um sich fachlich und politisch auszutauschen,
- um sich gegenseitig zu unterstützen
- um gemeinsame Interessen zu artikulieren
- um für diese zu streiten.

Du arbeitest im sozialen oder Bildungsbereich, hast Fragen, bist interessiert und möchtest mitarbeiten?
Dann melde dich unter: info@gew-muenchen.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen

**TVÖD – Tarifinfo Nr. 1
Juni 2020**



Online Mitglied werden
www.gew.de/mitglied-werden

Persönliches

Nachname (Titel) _____ Vorname _____

Straße, Nr. _____

Postleitzahl, Ort _____

Telefon / Fax _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Staatsangehörigkeit _____

gewünschtes Eintrittsdatum _____

bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis (Monat/Jahr) _____

weiblich männlich divers

Beschäftigungsverhältnis:

<input type="checkbox"/> angestellt	<input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Bezüge bis _____	<input type="checkbox"/> befristet bis _____
<input type="checkbox"/> beamtet	<input type="checkbox"/> in Rente/pensioniert	<input type="checkbox"/> Referendariat/Berufspraktikum
<input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Std./Woche	<input type="checkbox"/> im Studium	<input type="checkbox"/> arbeitslos
<input type="checkbox"/> teilzeitbeschäftigt mit _____ Prozent	<input type="checkbox"/> Altersteilzeit	<input type="checkbox"/> Sonstiges _____
<input type="checkbox"/> Honorarkraft	<input type="checkbox"/> in Elternzeit bis _____	

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an.

Berufliches

Berufsbezeichnung (für Studierende: Berufsziel), Fachgruppe _____

Diensteintritt / Berufsbeginn _____

Tarif- / Besoldungsgebiet _____

Tarif- / Besoldungsgruppe Stufe seit _____

monatliches Bruttoeinkommen (falls nicht öffentlicher Dienst) _____

Betrieb / Dienststelle / Schule _____

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Postleitzahl, Ort des Betriebs / der Dienststelle / der Schule _____

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a. M.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE31ZZZ0000013864

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GEW auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber*in) _____

Kreditinstitut _____

BIC _____

IBAN _____

Ort / Datum _____ Unterschrift (Antrag auf Mitgliedschaft) _____ Ort / Datum _____ Unterschrift (SEPA-Lastschriftmandat) _____

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten werden nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) geschützt. Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Fachgruppe

Nach § 22 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- | | | |
|-----------------------|----------------------------|--|
| • Erwachsenenbildung | • Hauptschulen | • Schulaufsicht und Schulverwaltung |
| • Gesamtschulen | • Hochschule und Forschung | • Sonderpädagogische Berufe |
| • Gewerbliche Schulen | • Kaufmännische Schulen | • Sozialpädagogische Berufe |
| • Grundschulen | • Realschulen | |
| • Gymnasien | | Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu. |

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben der Entgelt- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder Entgelt nach TVöD/TV-L oder TV-H erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

Betrieb/Dienststelle

Arbeitsplatz des Mitglieds. Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Mitgliedsbeitrag (ab 01. Januar 2018)

- Beamt*innen zahlen in den Jahren 2018/2019 0,81 Prozent und in den Jahren 2020/2021 0,83 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte mit Tarifvertrag zahlen in den Jahren 2018/2019 0,75 Prozent und in den Jahren 2020/2021 0,76 der Entgeltgruppe und -stufe, nach der vergütet wird; Angestellte ohne Tarifvertrag zahlen 0,7 Prozent des Bruttogehalts.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe 1 des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrags.
- Freiberuflich Beschäftigte zahlen 0,55 Prozent des Honorars.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Bei Empfänger*innen von Pensionen beträgt der Beitrag 0,68 Prozent des Bruttorehensstandsbezuges. Bei Rentner*innen beträgt der Beitrag 0,66 Prozent der Bruttorente.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen.

Vielen Dank – Ihre GEW